

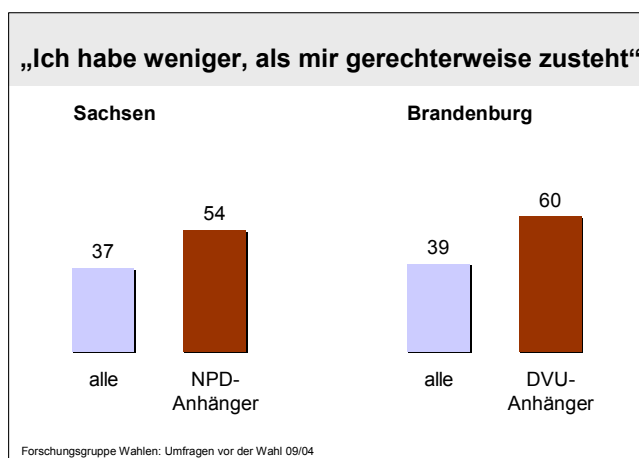
Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: NPD und DVU

19. September 2004

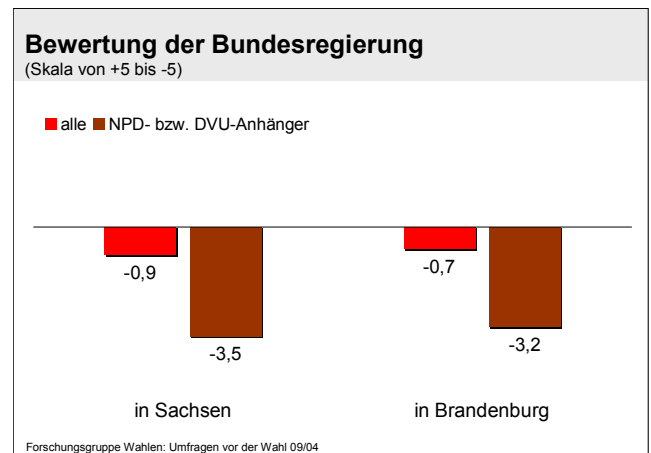
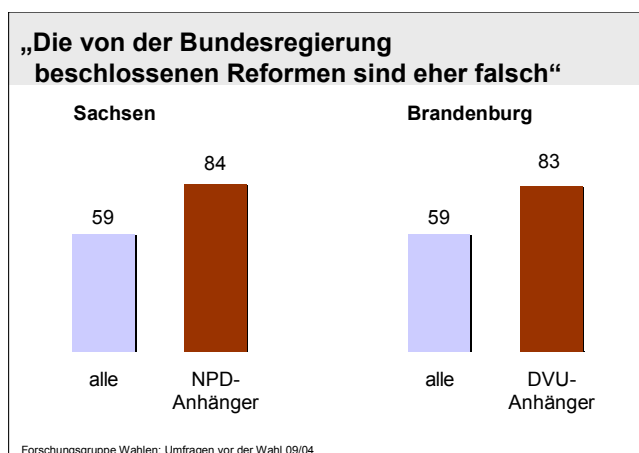


NPD und DVU profitieren vom Protest

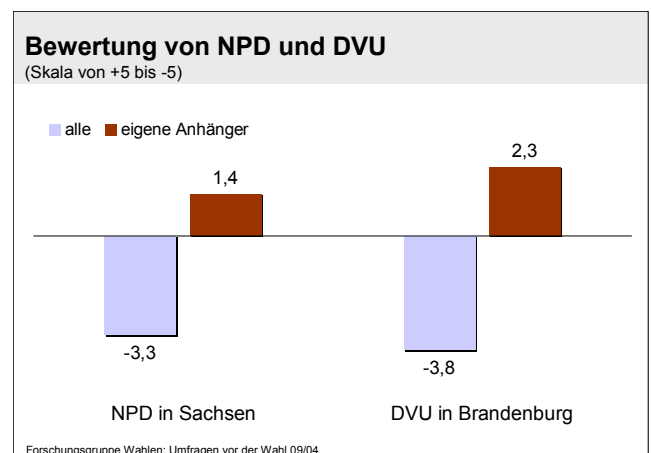
Mit der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg schaffen gleich zwei rechte Parteien den Sprung in ein Parlament. Während die DVU dabei bereits zum zweiten Mal im Potsdamer Landtag vertreten ist, markiert das NPD-Ergebnis in Dresden den ersten Erfolg der rechtsextremen Partei seit 1968 auf Länderebene.



Auch wenn sich Organisationsstruktur und Auftreten beider Parteien stark unterscheiden, zeigt die Wählerschaft doch auffällige Parallelen. Sowohl bei den DVU- als auch den NPD-Anhängern fühlen sich weit überdurchschnittlich viele in ihrem Leben benachteiligt, in Brandenburg sehen 88 Prozent der DVU-Anhänger und in Sachsen 96 Prozent der NPD-Anhänger in den in Deutschland lebenden Ausländern eine „Überfremdungsgefahr“. Trotz der im Osten relativ niedrigen Ausländeranteile meint in beiden Ländern eine überwältigende Mehrheit, dass es bei uns zu viele Ausländer gibt.

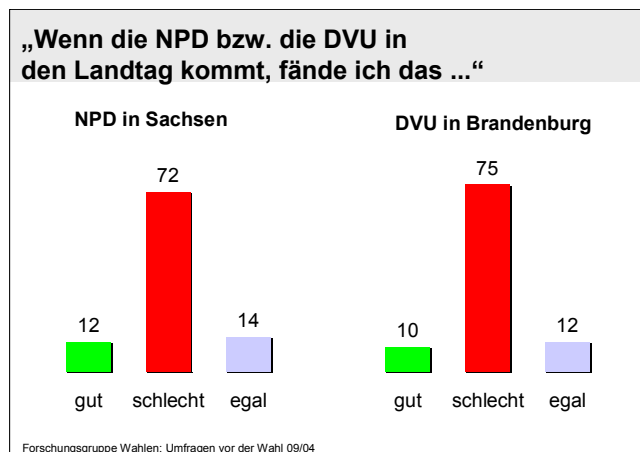


Der Wahlkampf der rechtsextremen Parteien zielte jedoch hauptsächlich auf die im Osten besonders ausgeprägte Proteststimmung im Kontext der Reformen. Und diese Rechnung ging auf: Während jeweils 59 Prozent aller Sachsen und Brandenburger die Reformen der Bundesregierung für falsch halten, sind dies unter NPD-Anhängern 84 Prozent sowie unter DVU-Anhängern 83 Prozent. Auf der +5/-5-Skala erhält die Bundesregierung von den NPD-Anhängern die Note minus 3,5 (Sachsen insgesamt: minus 0,9) und von den DVU-Anhängern die Note minus 3,2 (Brandenburg insgesamt: minus 0,7).

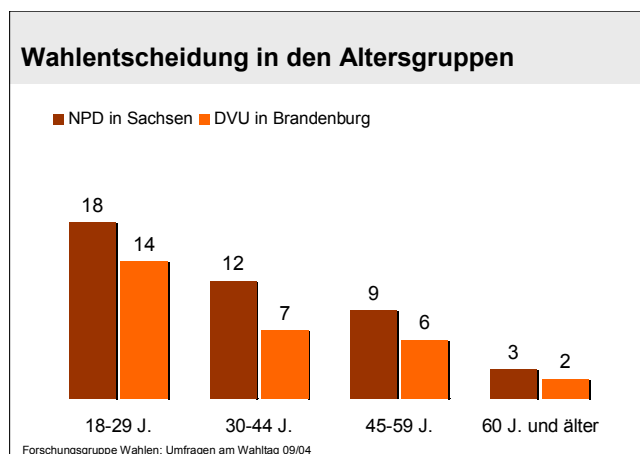


Umgekehrt jedoch haben die rechten Parteien in der Gesamtbevölkerung ein miserables Image: Die NPD wird in Sachsen mit minus 3,3, die DVU in Brandenburg mit minus 3,8 massiv abgelehnt. Vor der Wahl fanden es 72 Prozent der Sachsen schlecht und 12

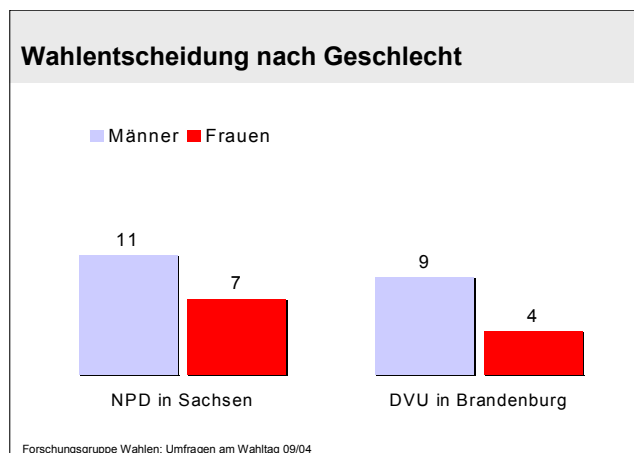
Prozent gut, wenn die NPD in den Landtag kommt, 14 Prozent war dies egal. Dabei vermuteten 86 Prozent aller Befragten bei den meisten NPD-Wählern vor allem Protestmotive, nur 9 Prozent glaubten, dass die NPD aus Überzeugung gewählt wird. Ähnlich in Brandenburg: Hier vermuteten 10 Prozent Überzeugung, aber 84 Prozent Protest, 10 Prozent fanden es gut, 75 Prozent aber schlecht, wenn die DVU in den Landtag einzieht (egal: 12 Prozent).



Schließlich zeigen auch hier die Wähler der rechtsextremen Parteien die typischen Merkmale: Am erfolgreichsten sind sie bei jüngeren, formal niedrig gebildeten Männern. In Sachsen erreicht die NPD bei den 18- bis 29-jährigen Männern 21 Prozent, bei allen unter 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss sogar 26 Prozent aller Stimmen.



Aber auch bei den unter 30-Jährigen insgesamt schneidet die NPD im Freistaat mit 18 Prozent und die DVU in Brandenburg mit 14 Prozent besonders gut ab. Viel Zuspruch gibt es aber auch von den Arbeitslosen, die am stärksten durch Hartz IV betroffen sind: Dort kommt die NPD auf 18 Prozent und die DVU auf 13 Prozent. In der Berufsgruppe der Arbeiter erzielt die NPD 14 Prozent und die DVU 10 Prozent aller Stimmen. Wie schon in der Vergangenheit finden beide Parteien bei Männern deutlich mehr Unterstützung als bei Frauen.



Bei der Bewertung des Erfolgs der rechtsextremen Parteien in beiden Ländern kann nicht übersehen werden, dass deren Wähler auch für dezidiert rechtes Gedankengut empfänglich sind. Dennoch ist es bei diesen Parteien besonders wichtig, zwischen den Positionen der Parteikader und den Wählern zu differenzieren: Denn es war ganz eindeutig der Protest gegen die Reformpolitik, der die Rechten bei dieser Wahl so stark gemacht hat. Ein Protest, der im Osten wegen der viel höheren Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Strukturschwäche ungleich stärker ausgeprägt ist als im Westen und der trotz aller Erfolge der PDS von den ehemaligen Kommunisten nicht vollständig gebunden werden kann. Aber jenseits der politischen Ränder stand weder in Brandenburg noch in Sachsen den Wählern eine etablierte Partei zur Verfügung, bei der sie sich mit ihrer Unzufriedenheit gut aufgehoben fühlten. (Mannheim, 20.09.2004)

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.
68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel. 0621/1233-0
FAX: 0621/1233-199 Internet: www.forschungsgruppe.de

Weitere Grafiken und Berichte zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen finden Sie auch im Web unter: <http://www.zdf.de>. Nächstes reguläres Politbarometer am Freitag, den 24.09.04 im Anschluss an das „heute-journal“. Die Zahlen basieren jeweils auf telefonischen Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen unter je rund 1.000 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Sachsen und Brandenburg in der Woche vor der Wahl sowie Umfragen unter 5.451 Wählern in Sachsen und 5.643 Wählern in Brandenburg am Wahltag. Dieser Newsletter kann unter der Adresse Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.